

Bundestag**Freier Zutritt für 1.000 Lobbyisten**

Mal eben schnell der Kanzlerin oder dem Fraktionschef einer Partei im Bundestag erklären, wo der Schuh drückt oder welches Gesetz mal unbedingt gemacht werden müsste. Das geht: Wenn man einen Hausausweis des Deutschen Bundestags hat. Der ist deshalb bei Lobbyisten begehrt. Doch wer einen hat und von wem, darüber gibt es heftigen Streit, der jetzt vor Gericht in die nächste Instanz geht.

von Matthias Reiche, ARD-Hauptstadtbüro



Ihre Büros liegen zumeist im Regierungsviertel und man trifft sie bei Sommerfesten, Empfängen und Pressetreffs. Oft sind sie Juristen oder Professoren, manchmal auch ehemalige Politiker, und die kleine Plastikkarte ist für sie alle unentbehrlich, weiß Gregor Hackmack. Er ist Mitbegründer und Geschäftsführer des unabhängigen Internetportals abgeordnetenwatch.de: "Ein Hausausweis ermöglicht einem ja freien Zugang zu allen Parlamentariern inklusive der Bundeskanzlerin. Man kann auf dem Gang mal kurz eine Idee pitchen, man kann in ein Abgeordnetenbüro reinmarschieren und vielleicht ein kleines Geschenk abgeben oder einen Termin vereinbaren."

Gericht: Transparenzregelung wird verletzt

Deshalb möchte man schon wissen, wer da in wessen Diensten unterwegs ist. Das wäre auch kein Problem, würden sich alle Lobbyisten in das offene Interessenregister eintragen. Neben diesem offiziellen Weg kann man an die begehrten Hausausweise aber auch über die Bundestagsfraktionen kommen. Sozusagen unter dem Tisch und das sorgt für Streit, erklärt Britta Haßelmann. Nicht nur die Grünenpolitikerin sieht dabei die so genannte Transparenzregelung verletzt:

"Und da ist ja auch eine Klage erfolgt, wo geurteilt wurde: 'Es ist klar, es besteht hier eine Pflicht zur Veröffentlichung.' Und gegen diese Entscheidung ist der Bundestag jetzt in Berufung gegangen mit einer Mehrheitsentscheidung von Union und SPD."

Denn Grüne und Linke haben ihre Lobbyisten offengelegt. Und vielleicht wegen des wachsenden Drucks haben jetzt auch die Sozialdemokraten nachgezogen und öffentlich gemacht, dass bei ihnen neben DGB, Umweltverbänden oder Friedrich-Ebert-Stiftung auch Interessenvertreter größeren Kalibers, wie Shell, RWE oder Rheinmetall, den Fuß in der Bürotür haben. Man wolle natürlich größtmögliche Transparenz, versichert Christine Lamprecht. Und es sei trotzdem kein Widerspruch, dass die SPD gemeinsam mit der Union gegen die Offenlegung der Lobbyisten in Berufung gehe, wie die Parlamentarische Geschäftsführerin begründet: "Wir wollen es eben klargestellt



MDR INFO

Dieser Artikel zum Hören

27.10.2015, 07:10

Uhr |

02:55 min

haben durch eine höchstrichterliche Rechtsprechung, was denn tatsächlich geboten ist, damit wir wissen, was wir dann entsprechend zu veranlassen haben."

Kein Kommentar aus der Union

Von der Bundestagsfraktion der Union war leider keine Stellungnahme zu erhalten. Für Gregor Hackmann, den Beobachter der Abgeordneten ist dies keine Überraschung: "Es ist sehr deutlich, dass von den über 1.000 Hausausweisen den Großteil die Union vergeben hat. Das dürften sechs- bis siebenhundert Ausweise sein, die allein die CDU/CSU vergeben hat. Und deswegen hat sie am meisten zu verbergen und es überrascht auch nicht, dass sie am meisten mauert."

Die Union will die Angelegenheit vertagen bis die Bundestagswahl im Herbst 2017 durch ist. Deshalb hat man schon die Frist für die Berufung möglichst weit hinaus gezögert. Bis zu einem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes wird es nun sehr wahrscheinlich auch ein Jahr oder länger dauern. Danach könnte als letzte Instanz dann das Bundesverwaltungsgericht ins Spiel kommen, was definitiv reichen würde, um über die nächste Bundestagswahl zu kommen.

Zuletzt aktualisiert: 27. Oktober 2015, 08:45 Uhr